

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-------------------------	---------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Frau Corinna Liefeld	DIE aNDERE	entschuldigt
----------------------	------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Marta Balzer	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Roman Kuffert	AfD	entschuldigt
Frau Anna Lüdcke	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hermann Voegen	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.10.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung - Musik an der Erlöserkirche
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
Vorlage: 16/SVV/0403
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI, B/Sp., K/W (ff)
 - 4.2 Weiternutzung Rechenzentrum
Vorlage: 17/SVV/0536
Fraktion DIE LINKE
HA
 - 4.3 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Fraktion CDU/ANW
SBV, FA, HA
 - 4.4 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, FA, HA
 - 4.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel
"Abriss") Vorlage: 17/SVV/0829
 - 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der
Volkshochschule
Vorlage: 17/SVV/0835
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Förderung der Einrichtungen
 - 5.2 Chorförderung 2018
 - 5.3 Jury kulturelle Projektförderung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.10.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Auf Nachfrage, ob es Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung vom 19.10.2017 gebe, erwidert Herr Reich, dass er darum bittet den Link in Bezug auf die Förderung von Integrationsprojekten zu ergänzen. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

In Bezug auf die Tagesordnung teilt Herr Fröhlich mit, das der Tagesordnungspunkt 4.1 durch Verwaltungshandeln erledigt sei. Eine weitere Behandlung sei daher nicht erforderlich. Frau Dr. Schröter schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.2, 4.3 und 4.4 zu verschieben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Vorstellung - Musik an der Erlöserkirche

Herr Joffe, als Gastgeber der heutigen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft, stellt die Musik an der Erlöserkirche vor. Dabei geht er auf die Entwicklung ein und gibt einen Überblick zu den Veranstaltungen, die durch die Musik an der Erlöserkirche begleitet werden. Weiterhin geht er auf Schwierigkeiten ein, die die Akquirierung von Jungen für die Chorarbeit und die Finanzierung ein.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen

Vorlage: 16/SVV/0403

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI, B/Sp., K/W (ff)

Der Antrag wird von Herrn Fröhlich durch Verwaltungshandeln als erledigt erklärt.

zu 4.2 Weaternutzung Rechenzentrum

Vorlage: 17/SVV/0536

Fraktion DIE LINKE

HA

Zurückgestellt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass im Ergebnis der statischen Untersuchung die Option einer Weaternutzung des Rechenzentrums im Nebeneinander mit dem geplanten Garnisonkirchturm bestätigt werden konnte.

Der Oberbürgermeister wird in seinen Gesprächen mit der Stiftung ausdrücklich darin bestärkt, für eine Verlängerung der Nutzung des Rechenzentrums um mindestens fünf Jahre, also bis 2023, einzutreten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2017 über den Stand der Gespräche zu informieren.

zu 4.3 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Vorlage: 17/SVV/0708

Fraktion CDU/ANW

SBV, FA, HA

Zurückgestellt

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdam eine bedarfsorientierte und dauerhafte Unterbringungslösung zu suchen und deren Realisierung so kurzfristig wie möglich einzuleiten. Dabei sind unter anderem folgende Möglichkeiten mit Priorität zu prüfen:

- Realisierung einer Lösung im Langen Stall,
- Erwerb / Nutzung / Umbau von Bundes-, Landes oder städtischen Immobilien,
- Neubau z.B. im Bereich Schiffbauer Gasse.

Zur Realisierung sind verschiedene in der Praxis in anderen Städten angewandte Finanzierungs- und Betreibermodelle festzustellen, zu prüfen und für Potsdam zu bewerten. Möglichkeiten, Fördermittel zu erhalten sind zu prüfen. Die Vertretung der Kultur- und Kreativwirtschaft sind bei der Suche, Planung und Prüfung der Realisierungsmöglichkeiten einzubeziehen. Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam ist immer dann einzubeziehen, wenn deren Belange und Interessen berührt werden. Die Zuständigkeit sowie verstärkte Einbeziehung der Wirtschaftsförderung ist zu stärken. Dem Hauptausschuss ist bis Ende November 2017 zu berichten.

zu 4.4 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0716

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV, FA, HA

Zurückgestellt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass für die Kunst- und Kreativwirtschaft nachhaltige Standorte entstehen.

Dazu soll das Restgrundstück des Langen Stalles als Kunst- und Kreativhaus entwickelt werden. Der Realisierungszeitraum soll möglichst kurz sein und die Bauweise so gewählt werden, dass verträgliche Ateliermieten und ein breiter Nutzungsmix entstehen können. Im Vorfeld soll geklärt werden, ob das Grundstück städtisch bleiben oder in Konzeptvergabe veräußert werden soll.

Des Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Bedingungen für die gemeinsam mit der Stiftung Garnisonkirche ins Auge gefasste Übergangslösung bis etwa 2023, für die Kunst- und Kreativwirtschaft im Rechenzentrum zu klären und darzustellen.

Die Anstrengungen, die Husarenkaserne weiter für die Kreativwirtschaft zu gewinnen, sollen unvermindert fortgesetzt werden. Es ist ein gut erschlossenes städtisches Grundstück zu bestimmen und zum Tausch anzubieten.

Dem HA sowie dem SBV ist bei Bedarf zeitnah Bericht zu erstatten.

**zu 4.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829**

Frau Dr. Schröter informiert über den eingereichten Antrag auf Rederecht von Frau Jacob, Vorstandsmitglied vom FÜR e.V. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Kümmel informiert über den in der letzten Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss, der zunächst die Durchführung eines Szenario-Workshops vorsieht. Darüber soll erstmals in der Sitzung des Hauptausschusses am 13.12.2017 informiert werden. Aus Sicht der Verwaltung wird empfohlen, den Antrag in der Form nicht zu beschließen, da dieser das beschlossene Verfahren stoppen und die temporäre Nutzung gefährden würde. Er betont, dass es im Interesse der LHP liege, einen dauerhaft gesicherten Standort in der Potsdamer Mitte zu finden. Es sei ein Konsens zwischen dem Nutzer, der LHP und der Garnisonkirche erforderlich.

Frau Jacob macht deutlich, dass ein dauerhafter Ort für Kreative begrüßt wird. Einige Akteure seien enttäuscht darüber, das im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung Beschlussempfehlungen aus den Ausschüssen gekippt werden. Der Beschluss sieht einen offenen Workshop vor, was aus ihrer Sicht nicht gegeben ist, wenn die Flächen begrenzt sind. Es müsste ggf. auch das Aussetzen des Sanierungsziels in Erwägung gezogen werden.

Herr Kolesnyk spricht sich dafür aus, den Antrag zunächst zurückzustellen. Aus heutiger Sicht könne er dem Antrag nicht zustimmen. Der in der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss bezieht sich nicht nur auf die Flächen vom Langen Stall und der Alten Feuerwache, sondern sieht vor, diese

Flächen besonders zu betrachten. Man müsste zunächst das Ergebnis des Szenario-Workshops abwarten.

Frau Dr. Schröter macht darauf aufmerksam, dass die Bürgerhaushaltsanträge mit dem Haushalt beschlossen werden. Dies sei für März 2018 vorgesehen.

Herr Dr. Scharfenberg bringt zum Ausdruck, dass der Bürgerhaushaltsantrag als Chance gesehen werden kann, den man nutzen sollte. Das Rechenzentrum habe eine sinnvolle Funktion gefunden, was vor ein paar Jahren noch nicht absehbar war. Der Bau des Kirchschiefes sei bis dato nicht gesichert. Das Fortbestehen des Rechenzentrums neben der Garnisonkirche wäre möglich.

Herr Mensch bemerkt, dass er sich mehr Engagement seitens der Kreativwirtschaft in Bezug auf die Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten gewünscht hätte. Weiterhin bringt er zum Ausdruck, dass die Räume im Rechenzentrum für die Kreativschaffenden bezahlbar sein müssen. Es sei absehbar, dass die Mieten steigen und fraglich, wer sich die Miete dann noch leisten kann.

Herr Fröhlich bringt hervor, dass es gut sei, zunächst für die kommenden fünf Jahre Räume für Kreativschaffende zu haben. Die Räume würden auf lange Sicht jedoch auch nicht ausreichen. Man müsse den Szenario-Workshop abwarten, um Lösungen zu finden.

Herr Reich appelliert daran, in dem Szenario-Workshop nicht die gleichen Fehler wie bei der Schiffbauergasse zu machen.

Herr Kolesnyk spricht sich erneut für die Verschiebung des Antrags bis März 2018 aus. Der Bürgerhaushaltsantrag hätte keine Auswirkung auf den zu beschließenden Haushalt.

Frau Dr. Schröter stellt die Verschiebung des Antrags bis März 2018 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**
Ablehnung: **2**

Der Antrag wird bis zur Sitzung im März 2018 zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird als Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor am jetzigen Standort erhalten.

Notwendige Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren.

Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, ist die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels „Abriss“ notwendig.

zu 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule
Vorlage: 17/SVV/0835

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, HA, K/W, B/Sp.

Frau Dr. Schröter informiert über den eingereichten Antrag auf Rederecht von Frau Spaan, Dozentin an der Volkshochschule Potsdam. Dem Antrag auf Rederecht wird zugestimmt.

Frau Spaan trägt vor, dass Sie das Rederecht für mehrere Sprach-Dozenten/innen wahrnehme. Sie informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass das Nettoeinkommen der Dozenten/innen etwa 1.095 € - 1.200 € betrage. Es gebe keinen bezahlten Urlaub, keinen Mutterschutz und die Sozialbeiträge müssten aus eigener Tasche bezahlt werden. Das Risiko für Altersarmut sei groß. Eine eigene Altersvorsorge sei nicht möglich. Daher ist seitens einiger Dozenten/innen mehr Sicherheit gewünscht. Sie informiert darüber, dass seitens der Verwaltung eine Onlinebefragung der Dozenten/innen der Volkshochschule geplant sei, was sie sehr begrüße.

Frau Aubel führt aus, dass sich die Verwaltung bereits seit August mit der Thematik befasse. Derzeit würden 30 € für eine Unterrichtseinheit von 45 Minuten gezahlt. In den vergangenen Jahren wurden die Honorare immer wieder neu angepasst. Im Bundesdurchschnitt stünde Potsdam weit vorne. Das Berliner-Modell, welches Zuschüsse zu den Sozialabgaben vorsieht, sei in Potsdam nach aktueller Rechtslage nicht umsetzbar. Darüber hinaus lebe eine Volkshochschule von freiberuflichen Dozenten/innen. Im Bereich der Grundbildung und der Integration könne man über Festanstellungen nachdenken, da gesellschaftliche Grundlagen geschult und hier gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrgenommen werden. Zunächst müssten die Bedarfe im Rahmen der Befragung eruiert werden. Im Januar lägen die Ergebnisse dazu vor. Eine Berichterstattung der Ergebnisse und den daraus resultierenden Handlungsempfehlungen sind in der Stadtverordnetenversammlung vorgesehen. Abschließend weist sie darauf hin, dass keine Abwanderung von Dozenten/innen, sondern eher mehrere Anfragen von gut qualifizierten Dozenten/innen vorlägen. Es handle sich zudem um eine Grundsatzproblematik von Freiberuflern. Auf Bundes- und Landesebene müsse eine Verbesserung beispielsweise im Sinne der Künstlersozialkasse erfolgen.

Die Ausschussmitglieder sehen in Bezug auf die Thematik Handlungsbedarf. Die Ergebnisse der Umfrage sollten abgewartet werden, bevor über den Antrag entschieden wird.

Auf Nachfrage von Herrn Joffe, teilt Frau Aubel mit, dass die städtische Musikschule über Festanstellungen als auch Honorarkräfte verfüge. Der Stundenlohn sei im Vergleich zu den Volkshochschuldozenten/innen geringer.

Herr Wendland macht darauf aufmerksam, dass es eine Honorarverordnung des Bundes zur Regelung der Honorare für Ingenieure gebe, für andere Berufsgruppen liege dies jedoch nicht vor.

Frau Aubel macht deutlich, dass dies ein gesamtgesellschaftliches Problem sei, welches seitens der Kommune nicht gelöst werden könne. Sie betont, dass die Volkshochschule die Arbeit der Dozenten/innen sehr schätze. Es gebe wenig Fluktuation. Man müsse berücksichtigen, dass die Grundidee einer

Volkshochschule die freischaffende Lehrtätigkeit und in der Regel auch nicht der Haupterwerb sei.

Herr Kolesnyk bittet darum, im Rahmen der Auswertung der Befragung auch aufzuzeigen, was die Umsetzung des Antrags bedeuten würde. Der Antrag könne dann erneut, spätestens im Februar 2018, behandelt werden.

Frau Dr. Schröter stellt die Verschiebung des Antrags bis Januar oder Februar 2018, je nachdem, wann die Verwaltung die Ergebnisse der Befragung präsentieren kann, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Der Antrag wird bis zur Sitzung im Januar oder Februar 2018 zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden werden Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen. Für andere Kursleitende wird eine Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016 vorgenommen. Weiterhin sollen Kursleitende, in Abhängigkeit der Stundenzahl, stufenweise Zuschüsse von bis zu 50 % zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Förderung der Einrichtungen

Den Ausschussmitgliedern wird eine Übersicht zur Förderung der Einrichtungen ausgereicht. Darauf zu erkennen ist eine Gegenüberstellung der Förderung der freien Träger in 2017 und ein Vorschlag der Verwaltung zur Förderung der Träger in 2018. Zudem ist die Antragslage der Einrichtungen abgebildet.

Frau Dr. Seemann erläutert die Übersicht und bittet um Zustimmung der Förderung der Einrichtungen, zumindest auf dem Niveau von 2017, vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses. Dann könnten auch die ersten Quartalsbescheide auf den Weg gebracht werden.

Frau Dr. Schröter informiert über die Anträge auf Rederecht von Frau Dautzenberg und Frau Gruber-Ballher vom Förderkreis Böhmisches Dorf Nowawes und Neuendorf e.V. sowie von Herrn Mikos Meininger vom Kunsthaus sans titre e.V. Den Anträgen auf Rederecht wird zugestimmt.

Frau Dautzenberg erhält das Wort und stellt den Ausschussmitgliedern die Arbeit des Förderkreises vor. Seit 25 Jahren würde der Förderkreis durch ehrenamtliche Arbeit aufrecht erhalten. Die Arbeit erstreckt sich über verschiedene Stadtteile wie zum Beispiel Nowawes, Drewitz und Schlaatz. Es sei ein Antrag auf Förderung der Betriebs- und Nebenkosten für das Stadtteilmuseum „Nowaweser Weberstube“ in Höhe von 3.880 € gestellt worden.

Herr Meininger erhält das Wort und stellt die Arbeit und die aktuelle Situation des Kunsthauses dar. Dieses Jahr wurde erstmalig ein Förderantrag in Höhe von 30.000 € für den Betrieb des Kunsthauses gestellt, da der Verein die Arbeit finanzielle nicht mehr tragen könne.

Frau Dr. Seemann geht erneut auf die ausgereichte Übersicht ein und macht darauf aufmerksam, dass der im Rahmen des Haushalts 2017 getroffene Beschluss E 20, welcher die Erhöhung der Förderung einzelner Träger vorsah, im Vorschlag der Verwaltung wieder mit berücksichtigt wurde. Die Empfehlung der Verwaltung entspricht dem derzeit im Haushaltsplan 2018/2019 vorgesehenem Budget. Über die eingereichten Mehrbedarfe muss im Rahmen der Haushaltsdiskussionen entschieden werden.

Frau Dr. Schröter stellt die Förderung der freien Träger, mindestens auf dem Niveau von 2017, vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5.2 Chorförderung 2018

An die Ausschussmitglieder wird eine Übersicht der bis dato vorliegenden Förderempfehlung der Chorjury ausgereicht.

Frau Dr. Seemann bedankt sich bei der Jury für ihr ehrenamtliches Engagement. Sie informiert darüber, dass ein Jurymitglied erkrankt und aus diesem Grund kurzfristig Frau Kuchenbecker als Ersatz eingesprungen sei. Insgesamt gab es 12 Anträge, von denen noch sieben abschließend durch die Jury bewertet werden müssten. Seitens der Chöre müsse in Anlehnung an die erfolgte Ausschreibung eine Nachbesserung erfolgen bzw. fehlende Unterlagen nachgereicht werden. Dazu wird kurzfristig ein Termin mit den Chören stattfinden. Da die zustimmende Kenntnisnahme des Ausschusses noch dieses Jahr eingeholt werden muss, wird die Empfehlung der Jury im Umlaufverfahren an die Ausschussmitglieder geschickt. Um im nächsten Verfahren rechtzeitig Missverständnissen entgegenzuwirken, ist es vorgesehen, bereits vor Antragsschluss einen Informationstermin seitens der Verwaltung mit den Chören anzubieten.

Es folgt ein Informationsaustausch in Bezug auf den bis dato erfolgten Ablauf der Chorförderung 2018.

Herr Kolesnyk hinterfragt, warum der Antrag der Hoffbauer gGmbH/ Ev. Gym. Hermannswerder abgelehnt wurde.

Herr Büstrin erwidert, dass es sich hierbei um ein Schulprojekt handelt, welches im Rahmen der Chorförderung ausgeschlossen ist.

Herr Fröhlich bittet darum, zukünftig von Zwischenmitteilungen abzusehen und spricht sich dafür aus, im Rahmen des Umlaufverfahrens eine komplette überarbeitete Übersicht ausgereicht zu bekommen. Dem Stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Herr Joffe hinterfragt, inwieweit die Chorszene evaluiert wird. Daraufhin erwidert Frau Dr. Seemann, dass Herr Büstrin sich alle Konzerte anschaut und eine Einschätzung vornimmt.

zu 5.3 Jury kulturelle Projektförderung

Frau Dr. Seemann trägt die Vorschläge der Mitglieder für die Jury kulturelle Projektförderung ab 2018 vor.

Bildende Kunst:	Herr Stefan Pietryga
Literatur:	Herr Prof. Dr. Helmut Peitsch
Film/ Medien:	Frau Katharine Riedel
Kulturelle Bildung/ Kulturelles Gedächtnis:	Herr Dr. Günther Kolende
Soziokultur:	Herr Achim Trautvetter
Musik:	Herr Marc Eisenschinck
Darstellende Kunst/ Tanz:	Frau Stefanie Ruffer

Gegen die Vorschläge erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt den Vorschlag zur Besetzung der Jury zustimmend zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Frau Aubel berichtet, dass Herr Raback, Geschäftsführer des Hans Otto Theaters, Ende 2018 in den Ruhestand geht. Das Verfahren zur Neubesetzung wird auf den Weg gebracht und voraussichtlich im März 2018 abgeschlossen sein. Geplant sei die Gründung einer Findungskommission, in der sie den Vorsitz inne habe.

Herr Kolesnyk bittet darum, das Konzept der BKG im Frühjahr 2018 auch im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Wissenschaft

Bettina Schmidt
Schriftführerin